

Thomas Feltes

Jugend und Gewalt -
Anmerkungen eines Kriminologen

Oder: "Alle Gewalt geht vom Volke aus..."

"Die frühen 90er Jahre sind - wenigstens bislang - keine Zeit des Aufbruchs und der Revolte, eher eine Zeit der Resignation und der Krise. ... Jugend gilt der Öffentlichkeit nicht mehr als Potential gesellschaftlicher Innovationen, sondern wesentlich als eine bedrohliche Problemgruppe. Das ca. seit 1990 massenmedial vielfach entworfene Bild der gegenwärtigen Jugendgenerationen präsentiert Jugendliche als potentielle Gewalttäter. Als prototypische Figuren gelten Neonazis und Skinheads. An die Stelle des positiven Vorurteils, das Jugend als Träger anzustrebender Innovationen darstellte, ist ein negatives Vorurteil getreten, für das Jugend eine Bedrohung der zivilen Gesellschaft darstellt" (Scherr 1994).

Läßt man einmal dahingestellt, ob es dieses positive Vorurteil der Jugend als "Träger anzustrebender Innovationen" tatsächlich einmal gab (man kann dies mit gutem Grund bezweifeln, weil Jugend zumindest in unserer modernen Gesellschaft immer als Bedrohung gesehen wurde, weil sie möglicherweise nicht die Werte und Ideen verfolgt, die als die herrschenden angesehen werden), so bleibt dennoch die Feststellung, daß Jugend (wieder einmal) zum Problem zu werden droht. Chaos-Tage und "Punkerschlachten", ein 23. Deutschen Jugendgerichtstag, der sich im September 1995 unter dem Titel "Sozialer Wandel und Jugendkriminalität. Neue Herausforderungen für Jugendkriminalrechtspflege, Politik und Gesellschaft" diesem Problem zuwenden wird, nächtliche Ausgangssperren für Jugendliche in den USA - um nur einige aktuelle Schlaglichter zu nennen, die dies deutlich machen. Entsprechend jubiliert auch der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. *Christian Pfeiffer*: "Kriminalitätsdaten 1994 bestätigen das Jugendgerichtsthema!". Tun sie dies wirklich? Und: Wo liegt das Problem? Natürlich bei den Jugendlichen, denn **sie** sind "krimineller" und "gewaltbereiter" geworden, wie Statistik und Medien (und auch einzelne Wissenschaftler) uns nachweisen.

"In der Öffentlichkeit, insbesondere in den Medien, wird seit längerer Zeit das Bild einer von sozialer Verwahrlosung und Gewalttätigkeit gekennzeichneten Jugend skizziert. Banden, Schläger, Skinheads, Neonazis werden als akute Bedrohung der öffentlichen Sicherheit dargestellt. Fast keine Woche vergeht in einer mittelgroßen Stadt ..., in der nicht über irgendwelche Veranstaltungen zu den Themen "Jugendgewalt" oder "Gewalt in der Schule" berichtet wird, in denen Erwachsene mit Erwachsenen über Jugend reden, eben meist ohne die Teilnahme von Jugendlichen und Kindern. Niemand kann sich solchen Diskussionen entziehen ..." (Schneider/Stock 1995).

1. Werden die deutschen Jugendlichen und Heranwachsenden immer krimineller?

Mit der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik des Jahres 1994 wurde die Bevölkerung (wieder einmal) aufgeschreckt: Dieses Mal allerdings nicht mit zweistelligen Zahlen zur Erhöhung der **allgemeinen** Kriminalität, wie man dies noch 1990/91 tun konnte, sondern mit dem Hinweis, daß die Kriminalität von Kindern,

Jugendlichen und Heranwachsenden ganz erheblich zugenommen habe. Und tatsächlich: Die Tatverdächtigenziffern^[1] bei Jugendlichen und Heranwachsenden sind zwischen 1988 und 1994 kontinuierlich gestiegen, und zwar bei den deutschen Jugendlichen um 47,9% und bei Heranwachsenden um 35,6% in diesem Zeitraum. Für die nichtdeutschen Tatverdächtigen liegen die Zahlen bei 34,1% bzw. 48,5% (Pfeiffer 1995). Pfeiffer hat auch sogleich eine Erklärung für diesen Anstieg zur Hand: "Den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik läßt sich entnehmen, daß hierfür primär der Import von Armut aus Osteuropa verantwortlich war, der durch den Fall der Mauer und die Öffnung der Grenzen ermöglicht wurde" (Pfeiffer aaO.).

2. Sind ostdeutsche Jugendliche und Heranwachsende krimineller als ihre westdeutschen "Brüder und Schwestern"?

Sicherlich kann nicht bestritten werden, daß es in den neuen Bundesländern nach der Wende einen sprunghaften Kriminalitätsanstieg gegeben hat. Ob man allerdings den Zahlen der PKS entnehmen kann, daß der "Import von Armut aus Osteuropa" dafür verantwortlich ist, erscheint ebenso zweifelhaft wie die Gegenüberstellung der Ost- und Westdaten und der daraus gezogene Schluß, daß "im Osten ein Kriminalitätsniveau erreicht worden ist, das um 27,6% über dem des Westens liegt" (Pfeiffer 1995), erscheint fraglich. Pfeiffer weist selbst darauf hin, daß dies nicht für alle Deliktsbereiche gilt. Bei Gewaltdelikten liegt der Osten um 24,9% unter dem Westen, beim schweren Diebstahl hingegen um 47,1% über dem Westen (jeweils polizeilich registrierte Straftaten je 100.000 Einwohner). Besonders groß ist der Unterschied dann wiederum bei den Jugendlichen und Heranwachsenden: Während im Jahr 1994 in Westdeutschland von 100.000 Jugendlichen und Heranwachsenden (14-21 Jahre) 971 wegen eines schweren Diebstahls oder eines Raubdeliktes registriert wurden, waren es in Ostdeutschland 2.591, also mehr als zweieinhalbmals soviel (Pfeiffer aaO.).

3. Warum man den Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht trauen sollte

Ohne die Frage, ob die deutschen Jugendlichen und Heranwachsenden möglicherweise tatsächlich "krimineller" werden, an dieser Stelle beantworten zu können (und zu wollen), muß doch auf folgendes hingewiesen werden: Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist so ziemlich die unzuverlässigste Grundlage für solche empirischen Aussagen. Nicht nur, daß die Erfassungsgrundlagen häufig mangelhaft sind - nach einer Hamburger Studie liegen bei mehr als der Hälfte der PKS-Daten Fehlerfassungen vor (Gundlach/Menzel 1992), und besonders bei ausländischen Tatverdächtigen ist die PKS absolut unbrauchbar (Steffen u.a. 1992); ein Zeitreihenvergleich anhand von PKS-Daten berücksichtigt vor allem nicht den Umstand, daß es sich bei dieser Statistik um eine Anzeigestatistik handelt, d.h. daß (zu mehr als 90%) nur solche Taten "erfaßt" werden, die von betroffenen Opfern, Zeugen oder anderen Personen zur Polizei gebracht werden. Damit sind diese Personen die entscheidenden Filter, die aus einer Straftat, die begangen wird, eine **polizeilich registrierte** Tat werden lassen. Dort, wo nicht nur die polizeilich registrierten Taten erfaßt werden, sondern auch (über eine repräsentative Opferbefragung) das tatsächliche Opferwerden, zeigen sich aber u.U. gegenläufige Entwicklungen: Während z.B. in den USA die polizeilich registrierten Straftaten in den letzten 20 Jahren beständig angestiegen sind, ist die Zahl der bei den Opferbefragungen erfaßten Personen bzw. Haushalte, die Opfer einer Straftat wurden, rückläufig gewesen. So stieg z.B. zwischen 1978 und 1992 die Arrestrate (verhaftete Personen) um 11% an, während der Anteil der Personen und Haushalte, die Opfer einer Straftat wurden, um über 30% zurückging (Feldes 1995 b)^[2]. Das (durchschnittliche) Opferrisiko ist somit deutlich gesunken, ohne daß dies in der öffentlichen Diskussion wahrgenommen wurde. Diese Entwicklung läßt sich zum einen

mit einem veränderten Anzeigeverhalten der Bevölkerung erklären, aber auch damit, daß immer weniger Bürger bzw. Haushalte, dafür aber immer öfter, Opfer von Straftaten werden, d.h. daß sich auch hier eine Differenzierung der Gesellschaft zeigt, die möglicherweise ihre Parallelen in anderen (sozialen und ökonomischen) Bereichen findet.

Bei der Anzeigeerstattung geht es aber oftmals weniger um moralische oder strafrechtliche Verurteilung des Angezeigten als um eine unmittelbare formelle oder informelle polizeiliche Disziplinierung (*Hanak 1984*). Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß wir es möglicherweise nicht mit einer tatsächlichen Veränderung in diesem Bereich zu tun haben, sondern daß sich die Einstellungen der Bürger insofern verändert haben, als eine zunehmend größere Sensibilität an den Tag gelegt wird und zunehmend nach staatlichen Institutionen gerufen wird, um Probleme zu lösen.

Auch die derzeit vorliegenden empirischen Befunde sprechen gegen eine generelle unspezifische Zunahme der Jugendgewalt im Vergleich zu früheren Generationen (*Scherr 1994*). Dem widerspricht nicht eine als solche wahrgenommene Zunahme von Gewalt in bestimmten Lebensausschnitten. "Dieser Fokussierung der - vermeintlichen - Jugendgewalt durch die Erwachsenenwelt scheint eine wichtige Rechtfertigungs- und Entlastungsfunktion zuzukommen. Verschleiert wird damit, daß die Bedingungen zur Entstehung von Jugendkriminalität - das kriminogene gesellschaftliche Klima - zu einem wesentlichen Teil von der durch Erwachsene konstruierten und beherrschten Lebenswelt geschaffen werden. Verschleiert wird weiter die Zunahme der subtilen, in gesellschaftlichen Strukturen angelegten Gewalt der Erwachsenen, sichtbar als strukturelle Gewalt, als Gewalt gegen Ausländer, gegen Arbeitslose, ... und gegen die Jugend" (*Schneider/Stock 1995*).

4. Aber: Jugendliche werden immer häufiger Opfer von Straftaten!

Auf der anderen Seite zeigen aktuelle Studien zum Opferwerden, daß Jugendliche offensichtlich in der letzten Jahren zunehmend Opfer von Straftaten werden bzw. solche (bei Opferbefragungen) berichten. In den USA richtet sich bereits jedes vierte Gewaltverbrechen gegen Kinder und Jugendliche, und dort sterben inzwischen mehr Kinder durch Gewaltverbrechen (begangen zumeist von Altersgenossen oder den eigenen Eltern) als im Straßenverkehr. In dem gerade veröffentlichten British Crime Survey berichteten 34% der 12- bis 15-Jährigen, daß sie in den letzten 6-8 Monaten Opfer einer Körperverletzung geworden waren, und 23% gaben an, bestohlen worden zu sein. Die entsprechenden Werte für 16- bis 19-Jährige oder ältere Personen liegen hingegen wesentlich niedriger:

Tabelle 1:

Opfer eines Diebstahls oder einer Körperverletzung außerhalb der eigenen Wohnung in den letzten 6-8 Monaten (British Crime Survey; Maung 1995)

Altersgruppe	Diebstahl	Körperverletzung
12-15 Jahre		
a) alle Ereignisse	a) 23%	a) 34%
b) als Straftat empfunden	b) 11%	b) 7%
16-19 Jahre	6%	9%
20-59 Jahre	2%	1%

Dabei zeigt sich, daß die Mehrzahl der Taten gegen Jugendliche von Personen der gleichen Altersgruppe, also ebenfalls von Jugendlichen begangen werden. Lediglich

40% der Taten werden im übrigen von den Jugendlichen den Eltern berichtet, und sogar nur 12% werden der Polizei bekannt.

Auch bei der von der "Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg" (1995) 1994 durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsbefragung in drei Städten stellte sich heraus, daß junge Menschen wesentlich häufiger als andere Altersgruppen davon berichten, Opfer einer Straftat geworden zu sein. So gaben bis zu 58,5% der (männlichen) 14- bis 24-Jährigen an, in den letzten 12 Monaten Opfer geworden zu sein. Besonders auffällig ist dabei, daß die hohe Belastung der 14-24jährigen Männer zur Hälfte auf Gewaltdelikte zurückgeht, wobei darauf hinzuweisen ist, daß auch die bekannte Alters- und Geschlechtsverteilung der **Täter** hier ihr Maximum hat (*Heinz/Spieß 1995*).

Tabelle 2:

Opferwerdung nach Alter und Geschlecht in drei baden-württembergischen Städten, 1994 - Auswahl einiger Altersgruppen (*Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention 1995*)

Alter Gemeinde	14-24 Jahre	30-34 Jahre	55-64 Jahre	Insgesamt
Calw Alle	35,0%	29,9%	15,0%	17,4%
Männer				
Frauen				
	37,3%	36,1%	16,1%	15,7%
	32,5%	21,7%	12,7%	18,4%
Freiburg Alle	53,5%	40,8%	23,6%	18,5%
Männer				
Frauen				
	58,5%	46,7%	26,4%	18,4%
	38,9%	36,2%	21,6%	18,3%
Ravensburg/ Alle Weingarten Männer	46,3%	41,7%	19,5%	12,7%
Frauen				
	53,8%	53,6%	23,9%	16,5%
	40,2%	30,7%	13,8%	9,0%

Zudem stellten wir fest, daß (mit einer Ausnahme) Jugendliche relativ häufig Angst vor einer Opferwerdung in der Wohngegend haben (*Obergfell-Fuchs/Kury 1995*) - ein Ergebnis, das sich mit anderen bundesdeutschen Untersuchungen deckt.

Insofern wundert es nicht, daß gerade Jugendliche ein häufigeres Streifegehen der Polizei im eigenen Wohngebiet befürworten (59% der männlichen 14-24-Jährigen und 54% der weiblichen Personen dieser Altersgruppe plädieren dafür, im Gegensatz z.B. zu lediglich 49% bzw. 43% der 30-34-Jährigen). Die relativ hohe Viktimisierungsrate und Kriminalitätsfurcht scheint sich in einer überwiegend positiveren Einstellung zur Polizeipräsenz niederzuschlagen. Bei der Frage nach der Bewertung der Polizeiarbeit geben die Jugendlichen im übrigen eine deutlich schlechtere Bewertung ab als andere Altersgruppen (*Heinz/Spieß 1995; Dölling/ Hermann/Simsa 1995*). In Verbindung mit der Tatsache, daß wesentlich mehr Jugendliche Kontakt mit der Polizei haben, als oftmals angenommen wird (in England rund ein Drittel innerhalb der letzten 6-8 Monate), ist (auch hier) ein Um- bzw. Nachdenken bei Polizei und Sozialarbeit erforderlich.

5. Die Gewalt spielt sich in der Familie ab

Gewalt(kriminalität) wird in der Regel mit öffentlichem Raum und Fremden als Täter assoziiert. Dabei ist die am **häufigsten auftretende Form interpersoneller Gewalt in der Gesellschaft die Gewalt in der Familie**. Sie ist häufiger als alle anderen Formen von Gewalt gegen Personen zusammengerechnet. Dies gilt auch dann, wenn man auf die der Polizei zur Kenntnis gebrachten und in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfaßten Taten abstellt und das erhebliche Dunkelfeld außer acht läßt. Eine Auswertung von den im zentralen Einsatzrechner der Landespolizeidirektion Stuttgart II (=Stadtgebiet Stuttgart) im Verlaufe eines Jahres registrierten Funkstreifeneinsätze (*Feltes 1995 a*) hat ergeben, daß von insgesamt rund 119.000 Einsätzen etwa 6.500 in Verbindung mit Körperverletzungsdelikten standen, wobei genau 4.877 (oder 74,6% dieser Einsätze) im häuslichen Bereich stattfanden. Dies bedeutet, daß sich dreimal soviel Gewalt in der Familie ereignet wie im öffentlichen Raum. Auch wenn der Gewaltraum Familie somit statistisch betrachtet größere Bedeutung hat als andere Bereiche wird er in der öffentlichen Meinung nicht entsprechend wahrgenommen. So ist z.B. auch die offizielle Opferbelastung (polizeilich registrierte Straftaten je 100.000 Einwohner der betreffenden Altersgruppe) beim vollendeten sexuellen Mißbrauch von Kindern mit 145 sechsmal so hoch ist wie die Opferbelastung bei Vergewaltigung von Jugendlichen und Heranwachsenden und höher als die Opferbelastungszahl jeder Altersgruppe beim Raub. Die Chance für ein Kind, sexuell mißbraucht zu werden, ist also deutlich größer als die eines Erwachsenen, Opfer eines Raubes zu werden. Dabei muß hier noch davon ausgegangen werden, daß die Dunkelziffer beim sexuellen Mißbrauch wesentlich höher ist als beim Raub, d.h. daß hier wesentlich weniger Fälle der Polizei gemeldet werden.

6. Der Ruf nach mehr Polizei - Lösung oder Illusion?

Fast alle meinen, daß "mehr Polizei auf der Straße" geeignet sei, die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Gleichzeitig setzen die Bürger aber bei der Analyse der Ursachen der Kriminalität andere Schwerpunkte. Hier werden eine verfehlte Sozial-, Wohnungs- oder Arbeitspolitik genannt sowie fehlende Freizeitmöglichkeiten, gleichzeitig wird aber nach der Polizei zur "Beseitigung" dieser Probleme gerufen (*Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention 1995; Feltes 1995*).

Obwohl z.B. 30% der von uns in Ravensburg/Weingarten befragten Bürger garnicht wissen, ob ihre nächste Polizeiwache nachts besetzt ist, und fast ein Viertel noch nie eine Polizeistreife in ihrem Wohngebiet gesehen haben, sind fast 60% dafür, daß Polizisten in ihrem Wohngebiet häufiger Streife gehen sollten. Dieses Ergebnis ist auch deshalb paradox, weil wir aus dieser wie aus anderen Studien wissen, daß sich die

Bürger in ihrem eigenen Wohngebiet in der Regel sicher fühlen und sich in anderen Bereichen der Stadt (zumeist innerstädtischen Bereichen) deutlich mehr fürchten.

Als Gründe für die (von über 70%) angenommene Zunahme der Kriminalität werden vornehmlich die (Jugend-)Arbeitslosigkeit, die ökonomische und soziale Entwicklung, ein unzureichendes Kultur- und Freizeitangebot (vor allem für junge Menschen) u.a.m. genannt - nur 4% der Nennungen (hier in Ravensburg/Weingarten) sehen in "zu wenig Polizei" die Ursachen für eine (angenommene) ungünstige Kriminalitätsentwicklung (*Heinz/Spieß 1995*).

Unter den Nennungen der Befragten in Ravensburg und Weingarten zu den drei dringendsten Problemen ihrer Gemeinde entfällt nur etwa jede zehnte auf Kriminalität. Die Jugendkriminalität wird dabei nur von 0,2 % der Befragten eigens genannt. Weitaus häufiger genannt (zwei Drittel der Nennungen) wurden dagegen Probleme der allgemeinen gemeindlichen Infrastruktur, hier allen voran das Verkehrsproblem, auf das 29 % der Problemnennungen entfallen sowie Wohnungsnot, Arbeitsplatzmangel und unzureichendes Freizeit-, Kultur- und Sportstättenangebot (*Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention 1995*).

Auf der anderen Seite glauben 28% der Befragten, daß durch polizeiliche Kontrolltätigkeit die Kriminalität in der Stadt verhindert werden könnte. Damit wird ein Dilemma (oder sogar ein Paradoxon) deutlich, daß von den Bürgern als Ursachen für die (vermutete) Zunahme von Kriminalität vor allem ökonomische und strukturelle Ursachen genannt werden, während zur Beseitigung dieser Kriminalitätsprobleme am häufigsten der Ausbau der polizeilichen Präsenz vorgeschlagen wird. Wenn man so will, haben die Bürger die gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen der Polizeigewerkschaften und der Politiker internalisiert, wonach mehr Polizei und härtere Strafen (alle) Kriminalitätsprobleme lösen können, obwohl ihre eigene Analyse der Situation in ganz andere Richtungen weist und damit wohl auch richtig liegt.

Daß im übrigen die gewünschte polizeiliche Präsenz kaum finanzierbar ist, sei nur am Rande bemerkt. Wenn eine Gemeinde auch nur einen einzigen Polizeibeamten mehr rund um die Uhr verfügbar haben will, so kostet dies (unter Berücksichtigung entsprechender Ausfälle durch Schichtdienst, Urlaub, Ausbildung etc.) pro Jahr ca. 1 Mio. DM. Dabei wird zudem verkannt, daß die Chance für einen Polizeibeamten, einen "Täter in Aktion" zu erleben, äußerst gering sind. In der größten baden-württembergischen Stadt muß ein Schutzpolizeibeamter im Schnitt 1.500 Schichten (oder mehr als fünf Jahre) absolvieren, um eine Festnahme nach einem Einbruch zu tätigen. Selbst in einem mit Kriminalität hoch belasteten Gebiet in New York konnten von 156 Schutzpolizeibeamten 40% innerhalb eines Jahres nicht eine einzige Verhaftung im Zusammenhang mit einer Straftat durchführen (Walsh 1986). Befragungen von Straftätern, die als wiederholte Einbrecher aufgefallen waren, erweisen es zudem als fraglich, ob solche Täter ein erhöhtes Risiko des Entdeckwerdens bei Veränderungen im Streifendienst befürchten würden. Eine englische Studie zeigte, daß der Durchschnittsbürger nur alle 42 Jahre tatsächlich einen Einbruch wahrnimmt, während er begangen wird - entsprechend wenig erfolgversprechend dürften in dieser Beziehung Bemühungen sein, Nachbarn aufzufordern, entsprechende Wahrnehmungen der Polizei mitzuteilen oder verstärkt Wohnungen oder Häuser von Nachbarn zu beobachten. Verschiedenste Forschung konnten nachweisen, daß 50 % und mehr der polizeilichen Arbeit für Verwaltungs- bzw. Schreibtätigkeiten aufgewendet werden muß (Nachweise hierzu bei *Feltes 1995 c*).

Ähnliche Tendenzen zeigen sich z.B. zum Thema Gewalt in der Schule in einer Studie von Schwind, die dieser 1993/94 durchgeführt hat (*Schwind 1995*). Nach dieser Studie sehen die Erwachsenen die Ursachen für die Gewalt in der Schule eher in den

gesellschaftlichen Verhältnissen außerhalb des Einwirkungsbereiches der Schule (Medien, Wertewandel, familiäre und soziale Probleme). Für die Schüler stecken hinter der Gewalt Suche nach Anerkennung, Ärger und Kummer zu Hause, Feindseligkeit gegenüber Ausländern und Freude an der Gewalt. Keine der befragten Parteien war der Auffassung, daß die Polizei etwas zur Verringerung des Problems beitragen könne, und so schalten auch nur 6% der in einer anderen Untersuchung (*Meier/Tillmann 1995*) befragten hessischen Schulen "gelegentlich" die Polizei ein. Im übrigen zeigten beide Studien, daß massive Diskrepanzen zwischen dem öffentliche Bild einer massiven Gewaltbelastung in den Schulen und der Einschätzung der Schulleiter bestehen, die dieses Problem eher relativieren (in Hessen gaben nur 12% der Befragten an, daß ihre Schule durch Gewalthandlungen "stark" oder "sehr stark" belastet sei. Offensichtlich hat sich die allgemeine Verunsicherung in diesem Bereich auch auf die Schulen übertragen.

"Auch - oder gerade - bei Diskussionen auf kommunaler Ebene ist spürbar, daß sich - neoklassizistischen Tendenzen in der Gesellschaft folgend - gerade in jüngster Zeit wieder Stimmen mehren, die in einer Verstärkung insbesondere staatlicher Repression das probate Mittel im Kampf gegen (vermeintlich) direkt oder indirekt wahrgenommene (Alltags-)Aggression und -ständig steigende ? - Kriminalitätsraten sehen. Auch im westlichen Ausland vollzieht sich ähnliches: Unter dem Motto: "Mehr verurteilen, weniger verstehen" nahm die konservative Londoner Regierung die Straftat zweier 10jähriger zum Anlaß, die Ausweitung des Strafrechts für unter 15jährige anzustreben. Selbst in den als liberal geltenden Niederlanden ist die Rede von Arbeitslagern für 16- bis 23jährige Jugendliche, welche als therapieresistent beleumundet sind. Hierzulande zeigen sich politisch links anzusiedelnde Kräfte hinsichtlich der Brauchbarkeit strenger strafrechtlicher Maßnahmen merklich gespalten angesichts der Tatsache, daß die Opferperspektiven gerade von Sexualdelinquenz und rassistisch motivierter Gewalt sich mehr und mehr öffentliches Gehör verschaffen. Gegenläufige Plädoyers hingegen laufen mehr und mehr Gefahr, bestenfalls als naives Festhalten an gescheiterten Konzepten, wenn nicht gar als Beiträge zur Verharmlosung der Lage gebrandmarkt zu werden. Entsprechende Argumentationen kranken demzufolge daran, daß sie gerade nicht als Reflex auf Volkes Stimme mit diesem Beifall rechnen können" (*Schneider/Stock 1995*).

Dabei ist einer der wenigen in der kriminologischen Forschung kaum mehr umstrittenen Befunde, daß für die weit überwiegende Zahl jugendlicher Delinquenten der episodenhafte und somit vorübergehende Charakter der Deliktsbegehung im Jugendalter typisch ist. Angesichts dessen und der Gewißheit, daß (zusätzliche) Stigmatisierung durch Repression, insbesondere Inhaftierung zumindest für den Resozialisierungsaspekt keinerlei Nutzen haben kann, wäre es höchst kontraproduktiv, auf repressive Maßnahmen zu setzen, wie dies im Ausland gegenwärtig vermehrt getan wird.

7. Von der Konsequenz der Moderne: Leben mit der Gewalt

Moderne Gesellschaften sind gekennzeichnet durch

- die zunehmende Individualisierung von Lebensstilen,
- die zunehmende, und unterschiedlich betriebene (Sekten, Drogen- und Alkoholabhängige, "workaholics") Suche nach Lebenssinn,
- zunehmende Marginalisierung und Filtering-Down-Prozesse, d.h. eine zunehmende Ausdifferenzierung innerhalb der Gesellschaft mit dem Ergebnis, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden,

- die zunehmende Entfremdung innerhalb der Deutschen und gegenüber, aber auch innerhalb der Ausländer untereinander,
- Kommunikationsverarmung und daraus resultierend geringere Interaktionsintensität, niedrigere Toleranzgrenzen und geringere Bereitschaft, Konflikt informell zu lösen.
- eine zunehmende "Unwirtlichkeit der Städte" (Mitscherlich).

Aus dieser Entwicklung folgen Unsicherheit, Mißtrauen, Angst und verstärkte Isolierung. Die Ursachen für vom Einzelnen als negativ empfundene Entwicklungen werden wahrnehmbaren Gruppen zugeschrieben (Jugendliche, Ausländer) mit dem Ergebnis, daß hier "Sündenböcke" für gesellschaftliche Entwicklungen gesucht und gefunden werden. Beispiel hierfür sind die Tendenzen in den USA, das Problem der Jugendkriminalität mit abendlichen Ausgangssperren oder radikalen Strafbestimmungen (lebenslängliche Freiheitsstrafe bei der dritten Verurteilung - "three strikes and you are out") zu lösen. Im Ergebnis wird damit aber weniger eine Reduzierung von Kriminalität als eine Verschärfung der Situation und eine weitere Verödung innerstädtischer Bereiche erreicht.

Statt dieses alles zu berücksichtigen basiert die offizielle Sicherheitspolitik aber (wie immer in Zeiten, die als "krisenhaft" empfunden werden) auf einem grundlegenden Irrtum. Man glaubt, daß der "innere Frieden" und das Sicherheitsgefühl der Bürger durch mehr Polizei und mehr und härtere Strafen positiv beeinflusst werden können. "Mehr vom selben" bringt aber auf Dauer keine Lösung; dies hat schon *Watzlawick (1988)* überzeugend dargelegt. Wenn den Kindern heute größere Handlungsspielräume und mehr Entscheidungsmacht über ihre eigenen Lebensverhältnisse zugewiesen werden, dann liegen darin auch erhebliche Hindernisse und Risiken (*Funke 1994*). Wenn von den 15 Millionen Bundesbürgern unter 18 Jahren bereits jetzt eine Million selbst oder mittelbar auf Sozialhilfe angewiesen sind und Städte, in denen bis zu 20% und mehr der dort lebenden Kinder unter den Bedingungen der Lebensgestaltung durch Sozialhilfe aufwachsen müssen und dies in einem System, das nach wie vor Armut als individuelles Versagen interpretiert, so liegen die Auswirkungen auf der Hand. Die Kinder geraten "zwischen die Fronten ihrer Eltern" (*Funke*). Die Ohnmachtserfahrung, die Kinder arbeitsloser Eltern machen (können), führt zu einer gefährdeten Identitätsbildung, mit dem Ergebnis, daß abweichende Identitätsangebote leichter angenommen werden.

Wenn vieles darauf hin deutet, "daß die unseren Kulturkreis prägenden Prinzipien und Gesetze des Geldes, des Konsums und des Erfolgs um jeden Preis eine Gesellschaftsordnung begünstigen, der es an mitmenschlichen, solidarischen und damit gewalthemmenden Normen und Werten mangelt" und "die Art der Aggressivität, die der egoistischen Durchsetzung eigener Interessen dient und dabei die Schädigung anderer in Kauf nimmt, ... somit kein "Jugend"-Phänomen, sondern symptomatisch für das System einer spät-kapitalistischen Gesellschaft" ist (*Trenz 1995*), dann muß dies Folgen für den Umgang mit den diversen Formen der Gewalt gegen sich (Suicid) und gegen andere haben.

"Der räuberische, jede Form der Solidarität und der Gefühlswelt des Mitleidens beschädigende Kampf um Erfolg, dieser Sozialdarwinismus, bei dem nur die Bestausgestatteten überleben, hat jetzt jene erfaßt, die bei diesem Kampf auf der Strecke geblieben sind. Sie sind Kinder dieser Gesellschaft, Opfer und blutige Täter in einem" (*Negt 1994*). Diese Aussage des Soziologen Oskar Negt, von ihm auf rechtsradikale Täter bezogen, dürfte auch für viele andere Bereiche gelten. Dort, wo die

Kriminalität tatsächlich gewalttätig wird, sind Täter und Opfer oftmals austauschbar. Wer heute Täter ist kann morgen Opfer sein und umgekehrt.

"Die Vorbeugung von jugendlicher Delinquenz hat sich primär die Frage zu stellen, welche Möglichkeiten die nachwachsende Generation hat zur Entwicklung von Selbstbewußtsein, Selbstwertgefühl und Selbstbestimmung. Angesichts der einer positiven Entwicklung im Wege stehenden strukturellen Bedingungen - soziale Spaltung und soziale Deklassierung, strukturelle Massenarbeitslosigkeit, Verlust der Erziehungskraft der Familie, materialistische Konsumorientierung, Verstärkung mit sozialer Entfremdung bei gleichzeitigem Abbau informeller Kontrollen - der heutigen Gesellschaft wird deutlich, wie kurz die immer mal wieder formulierten Appelle nach einer Stärkung der Erziehungskraft der Familie, nach Mitmenschlichkeit, Mitverantwortung, Rechtstreue sowie nach der Wiederbelebung der Sekundärtugenden Fleiß, Ordnung, Ausdauer, Kameradschaft und Heimatliebe greifen. Sie lassen die Tatsache außer acht, daß auch diese - im Kern bedeutsamen - Tugenden nur in einem positiven gesellschaftlichen Klima gedeihen können. Ausdauer und Fleiß ohne entsprechende persönliche, soziale und berufliche Lebenschancen und -perspektiven sind zwecklos. ...

Prävention, die sich auf die Kriminalität Jugendlicher konzentriert, ohne den gesamtgesellschaftlichen Kontext zu berücksichtigen, läßt sich im Sinne der oben beschriebenen Verschleierungsmechanismen instrumentalisieren. Zudem darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß eine solche Vorbeugung von der "Kriminalität der Braven" (Roth) ablenkt, nämlich von der auf der moralischen Ächtungsstufe von Kavaliersdelikten stehenden, die Volkswirtschaft oft erheblich schädigenden Wirtschafts-, Steuer- und Umweltstraftaten" (*Schneider/Stock 1995*).

Dem ist - auch an dieser Stelle - nichts hinzuzufügen.

Literatur

Dölling, Dieter, Dieter Hermann, Christiane Simsa (1995): Kriminalität und soziale Probleme im räumlichen Vergleich - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragungen in den Projektstädten. In: Th. Feltes (Hrsg.) 1995, S. 69 ff.

Feltes, Thomas (Hrsg.) (1995): Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten. Holzkirchen (Reihe Empirische Polizeiforschung, Bd. 9)

Feltes, Thomas (1995 a): Die Polizei zwischen den Anforderungen von Krisenhilfe und Strafverfolgung im Konfliktbereich familialer Gewalt. Erscheint in englischer Sprache in der Schriftenreihe "Prevention and Intervention in Childhood and Adolescence" des Sonderforschungsbereiches 227 der Universität Bielefeld "Gewalt bei Kindern und Jugendlichen", Berlin

Feltes, Thomas (1995 b): Mitverantwortung der Gesellschaft In: J. Glavic (Hrsg.), Handbuch für das private Sicherheitsgewerbe, Stuttgart 1995

Feltes, Thomas (1995 c): Effizienz der Straftatenbekämpfung. In: E. Kube (Hrsg.), Handbuch für polizeiliche Führungskräfte, Stuttgart 1995 (im Druck)

Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1995): Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Delinquenzprävention. Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen des Begleitforschungsprojekts "Kommunale Kriminalprävention" in Baden-Württemberg. In: Th. Trenczek, H. Pfeiffer (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten, Bonn

Funke, Edmund H. (1995): Subjekt oder Objekt: Anmerkungen zu gesellschafts- und sozialstrukturellen Entwicklungen und zur Dynamisierung von Gewalt. In: W. Wölfling (Hrsg.), Was ist nur mit unserer Jugend los", Schriftenreihe des Instituts für Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, Kontakt Band Nr.18, Weinheim

Gundlach, Thomas, Thomas Menzel (1992): Fehlerquellen der PKS und ihre Auswirkungen am Beispiel Hamburgs. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Schriftenreihe der Polizeiführungsakademie 1992, S. 60 ff.

Hanak, Gerhard (1984): Kriminelle Situationen. Zur Ethnographie der Anzeigenerstattung. In: KrimJ 1984, S. 161 ff.

Heinz, Wolfgang, Gerhard Spieß (1995): Viktimisierung, Anzeigenerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten. In: Th. Feltes (Hrsg.) 1995, S. 93 ff.

Maung, Natalie Aye (1995): Young People, Victimization, and the Police: Summary Findings. Home Office Research and Statistics Department, Research Findings No. 17, März 1995

Meier, Ulrich, Klaus-Jürgen Tillmann (1995): Gewalt in der Schule: Die Perspektive der Schulleiter. Bericht aus dem Sonderforschungsbereich "Prävention und Intervention", Universität Bielefeld

Negt, Oskar (1994): Kältestrom. Göttingen

Obergfell-Fuchs, Joachim, Helmut Kury (1995): Verbrechensfurcht und kommunale Kriminalprävention - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten und der bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsumfrage. In: Th. Feltes (Hrsg.) 1995, S. 31 ff.

Pfeiffer, Christian (1995): Zum Stand der Jugendkriminalität in Ost und West. In: DVJJ-Journal 1995, S. 161 f.

Schneider, Hans, Jürgen Stock (1995): Kriminalprävention vor Ort. Möglichkeiten und Grenzen einer von Bürgern getragenen regionalen Kriminalprävention unter besonderer Würdigung der Rolle der Polizei. Holzkirchen (Reihe Empirische Polizeiforschung, Bd. 8)

Schwind, Hans-Dieter (1995): Kriminologie, 6. Auflage Heidelberg

Scherr, Albert (1994): Kulturelle Jugendbildung -ein Instrument der Gewaltprävention. In: Neue Praxis 1994, S. 427 ff.

Steffen, Wiebke u.a. (1992): Ausländerkriminalität in Bayern. Eine Analyse der von 1983 bis 1990 polizeilich registrierten Kriminalität ausländischer und deutscher Tatverdächtiger. Kriminologische Forschungsgruppe der bayerischen Polizei, München (Landeskriminalamt)

Trenz, Carmen (1995): Aggressivität und Gewalttätigkeit von Kindern und Jugendlichen. In: Handbuch des Kinder- und Jugendschutzes (im Erscheinen)

Watzlawick, Paul (1988): Münchhausens Zopf oder Psychotherapie und "Wirklichkeit". München

[1] Tatverdächtige, berechnet auf jeweils 100.000 Personen der entsprechenden Altersgruppe

[2] Die Gefangenenzenzahlen stiegen im übrigen im gleichen Zeitraum (1978 bis 1992) in den USA von 294.000 auf 847.000 Personen in Länder- und Bundesgefängnissen an (+ 188%), wozu noch einmal (1992; Zahlen für 1978 nicht verfügbar) 428.000 Personen kommen, die in den lokalen "jails" sitzen. Insgesamt hatten die USA damit 1992 eine Gefangenenrate von 521 Gefangene je 100.000 Einwohner (zum Vergleich: die Gefangenenraten in Europa liegen etwa zwischen 50 und 140 Gefangene je 100.000 Einwohner).